

22 DEBATTE

MONTAG, 14. JÄNNER 2019 Die Presse

Gastkommentar. Studien belegen, dass Kursmaßnahmen zur Reintegration in den Arbeitsmarkt bei Frauen besser wirken.

Investieren in die Frauen lohnt sich

VON MANUELA VOLLMANN

Durch den Anstieg der Zuwanderung im Jahr 2015 wurde Österreichs Arbeitsmarkt vor neue Herausforderungen gestellt. Um eine effiziente und nachhaltige Integration auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen, mussten Qualifikationen und Kompetenzen der Zugewanderten sichtbar gemacht werden. Abz*austria unterstützt diese Anforderung im Rahmen des Projekts Kompetenzcheck und arbeitet speziell mit Frauen.

Schlüsselfaktoren für die erfolgreiche Umsetzung sind die Mehrsprachigkeit des Angebots und intensive Kooperationen mit Unternehmen. Sieht man sich die Fakten an, wird schnell klar, dass hier ein wirtschaftliches Potenzial brachliegt und dass es sich besonders lohnt, in Frauen zu investieren. Die Fakten, die für ein Investment sprechen:

Die Hälfte aller Geflüchteten weltweit sind Frauen. 40 Prozent aller Asylanträge in Österreich werden von Frauen gestellt, und Studien belegen die bessere Wirkung von Kursmaßnahmen auf die Reintegration in den Arbeitsmarkt für Frauen als für Männer. Bei der tertiären Bildung gibt es mehr Frauen als Männer aus Syrien, Irak und Afghanistan, die beim AMS gemeldet sind und höhere Ausbildung vorweisen.

Der Zeitpunkt, in geflüchtete Frauen zu investieren, ist genau jetzt. Nicht nur weil es sich für Unternehmen rechelt, sondern auch weil jede berufstätige Frau ein Rollenmodell für ihren eigenen Familienverbund ist.

Kompetenzbewusstsein fehlt

Kompetenzferfassung ist nur ein Teil des großen Ganzen: Beim Kompetenzcheck geht es um mehr als nur um die Erfassung der Qualifikationen und Kompetenzen. Im Vordergrund steht, unter anderem, die Handlungsfähigkeit von Frauen zu stärken und demokratie- und gleichstellungorientierte Werte praxisorientiert entlang ihrer Lebensrealitäten zu vermitteln.

Eine der größten Herausforderungen ist das fehlende Kom-

petenzbewusstsein von Frauen. Auf Nachfrage ist die Resonanz bei den niedrig qualifizierten Frauen oft, dass sie keine Qualifikationen haben. In die Tiefe gefragt, stellt sich dann heraus, dass sie Kleidung für ein ganzes Dorf genäht oder für über 200 Menschen gekocht haben.

Unterlagen auf Deutsch

Die Trainerinnen sprechen sowohl Deutsch als auch die jeweilige Muttersprache der Teilnehmerinnen, Farsi, Dari oder Arabisch. Denn über die eigenen Kompetenzen spricht es sich oft leichter in der Muttersprache. Die Unterlagen sind trotzdem alle auf Deutsch, es wird auch gemeinsam übersetzt und so gleichzeitig Deutsch gelernt. Eine Kombination aus Gruppensettings und Einzelcoachings ermöglicht sowohl über das Bildungssystem in Österreich, seine Kultur und Gesellschaft zu sprechen als auch auf die spezifische Situation der Frau einzugehen.

Stellvertretend für die vielen Teilnehmerinnen, die bei Abz*austria den Kompetenzcheck absolviert haben, ist eine Frau aus dem Irak, die 2014 nach Österreich gekommen ist. In ihrer Heimat hatte sie ein Chemiestudium abgeschlossen und war zwölf Jahre als Chemielaborleiterin in einem Gymnasium. Trotz guter Deutschkenntnisse erhielt sie auf Grund fehlender Anerkennung ihrer Abschlüsse „nur“ ein Angebot als Küchenhilfe. Durch den Kompetenzcheck hat sie einen Job als Trainerin gefunden, der ihr mehr entspricht.

Eine andere Teilnehmerin wollte Pflegerin werden, hat Deutschkurse besucht, ihren Pflichtabschluss nachgeholt und absolviert nun eine Ausbildung zur Pflegeassistentin. Derartige Angebote sind also sowohl bei gering wie hoch qualifizierten Frauen überaus effektiv.

Mag. Manuela Vollmann ist Geschäftsführerin des 1992 gegründeten, nicht gewinnorientierten wirtschaftlichen Vereins Abz*austria zur Förderung von Frauen.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

ICH VERERBE MEIN GESAMTES VERMÖGEN FACEBOOK



Hände weg vom Eigentum!

Gastkommentar. Auch wenn gern behauptet wird, die Vermögenssteuer treffe nur „Reiche“: Sie sagen Millionär, meinen aber den Mittelstand!

VON GÜNTER STUMMVOLL

Die Diskussion in der SPÖ über Vermögenssteuern könnte man abtun als „Schmierenkomödie: Wie ruiniere ich meine Parteichefin“ (so Andreas Koller in den „Salzburger Nachrichten“) oder als „eine machosistische Tendenz zur Selbstzerstörung“ (Eva Linsinger im „Profil“). Doch sollte man in Hinblick auf Werner Faymann, der einmal gemeint hat, die Vermögenssteuer gehöre „zur Seele der Sozialdemokratie“, doch näher darauf eingehen. Denn die Vermögenssteuer wird immer wieder mit mehr oder weniger Heftigkeit aufblenden und gefordert werden. Daher ein paar klare Worte dazu:

- Eine Vermögenssteuer, egal ob Schenkungssteuer, Erbschaftsteuer oder wie sonst sie bezeichnet wird, ist eine Eigentumssteuer. Sie zielt darauf ab, dass der Staat auf das Eigentum des Einzelnen zugreift, sie ist eine Variante der – schrittweisen – Enteignung.
- Die Statistik zeigt eines: Auch wenn immer wieder behauptet wird, sie treffe nur „die Reichen“ und „die Superreichen“, so muss sie in der Umsetzung massiv auf Eigentum und Mittelstand zugreifen, damit sie etwas bringt. Daher

auch immer wieder die genannte Grenze von einer Million Euro, unter die auch viele Häuselbauer, die sich vor Jahren in einer attraktiven Gegend ein Haus angespart und erbaut haben, fallen.

Antiquiertes Auslaufmodell

Im Übrigen: Im letzten Jahr, in dem es eine Erbschaftsteuer in Österreich gab (2006), gab es 62.000 Erbschaftsteuerfälle, davon gezählte 16 (!), die über eine Million Euro betrafen. Das heißt: Sie sagen Millionär, sie meinen aber den Mittelstand.

► Österreich hat nach der OECD-Statistik einen sehr geringen Anteil an Vermögenssteuern (0,6 Prozent), wobei hier allerdings die Substanzsteuern ausgewiesen werden. In Österreich gibt es allerdings zahlreiche vermögensbezogene Steuern, die aber in der Statistik nicht als Vermögenssteuern, sondern als Ertragssteuern ausgewiesen werden (Kapitalertragssteuer, Grunderwerbssteuer usw.). Damit steigt der Satz von 0,6 auf 2,5 Prozent, das ist mehr als der EU-Durchschnitt.

► Im Übrigen: Vereinfacht formuliert, gibt es weltweit nur zwei Modelle: Entweder hohe Einkommenssteuern und dann keine Eigentumssteuern (wie in Öster-

reich) – oder umgekehrt niedrige Einkommenssteuern und dafür Vermögenssteuern.

► In Ländern mit hohem Vermögenssteueranteil, wie zum Beispiel Großbritannien oder auch die USA, ist die Grundsteuer sehr dominant, wobei in diesen Ländern in der Grundsteuer jene Gebühren enthalten sind, die bei uns extra zu bezahlen sind: Müllgebühr, Abwassergebühr usw.

► Eigentum wird in Österreich in aller Regel aus hochversteuerten Einkommen geschaffen, bei Erwerb von Eigentum fallen weitere Steuern an wie z. B. Mehrwertsteuer oder Grunderwerbsteuer. Eine Vermögenssteuer wäre daher eine Dreifachbesteuerung.

► Es ist daher kein Zufall, dass Eigentumssteuern als Substanzsteuern heute in der EU ein antiquiertes Auslaufmodell sind.

Aufgrund all dieser Fakten, die natürlich bei linken Ideologen keine Rolle spielen, gilt für die Steuerpolitik in Österreich: „Hände weg vom Eigentum“.

Dr. Günter Stummvoll (* 1943 in Wien) ist Sprecher der Initiative Leistung und Eigentum und langjähriger Vorsitzender des parlamentarischen Finanzausschusses.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

PIZZICATO

Niedertracht

Türkis-Blau hat dem Wort Niedertracht zu einer Renaissance verholfen. Vor allem linke Intellektuelle verwenden dieses Wort nun oft und gern abschätzig (der linke Intellektuelle würde jetzt pejorativ verwenden), um das Tun der Regierung von ÖVP und FPÖ zu beschreiben.

Warum genau dieses Wort? Nun, es hat einen gewissen literarischen Glanz, womit sich der linke Intellektuelle von anderen Regierungskritikern oder – horribile dictu – Regierungsbefürwortern abgrenzen kann. Und möglicherweise hat es auch damit zu tun, das – tracht in Niedertracht steckt – man die Hinterwäldler solcherart also besser vorführen kann. Wobei: Seit VdB ist das mit der Tracht auch nicht mehr so. Allerdings: Der Mensch ist eben ein Gewohnheitstier, und einmal gefasste (Vor-)Urteile – Tracht ist gleich böse – bekommt er nicht so einfach aus sich heraus.

Der Vorteil der Niedertracht ist jedenfalls, dass man sich selbst über diese erheben kann – auch ohne allzu viele Erklärungen anfügen zu müssen. Denn in der eigenen Blase wird man damit ohnehin verstanden. Und das ist schließlich das Wichtigste.

Würde man derzeit für jede Verwendung des Wortes Niedertracht einen Euro bekommen, man könnte jeden Tag Steak mit Blattgold essen. (oli)

Reaktionen an: oliver.pink@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hanniburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Örtliche Raumplanung legistisch anpassen

„Wie die Politik Umweltprobleme mitversucht, statt sie zu lösen“, *Quergeschrieben* von Gudula Walterskirchen, 7.1.

Frau Walterskirchen verortet Mobilität als wesentlichen Verursacher für CO₂-Emissionen. Und sie hat recht, wenn sie die die politische Verantwortlichen als halbherzig und unkonzis bezeichnet. Und dass die Politik durch eine fehlgeleitete Raumplanung diese Tendenz noch verstärkt. Es ist Fakt, dass sie einerseits das Zubetonieren fördert, andererseits durch die Zersiedelung massiven Verkehr produziert. All das verursacht CO₂. Die Zuständigkeit der Gemeinde macht es real unmöglich,

übergeordnete nachhaltige Konzepte zu verfolgen, auch wenn es überörtliche, regionale und freiwillige Abstimmungsprozesse gibt.

Auch vernünftigen Bürgern wäre geholfen, um nicht unter Zugzwang zu kommen, um immer noch mehr Einkaufszentren etc. bewilligen zu müssen. Mit Faßmann als Kenner der Materie, Moser als Reformier und Kurz als Enabler böte dies eine einzigartige Gelegenheit, fehlgeleitete Strukturen aufzubrechen und die örtliche Raumplanung entsprechend legistisch anzupassen, damit Zersiedelung und Versiegelung unmöglich werden. Das würde das Prädikat „sinnvolle Reform“ verdienen!
Ing. Mag. Armin J. Hanschitz, 1090 Wien

Was sagt das über unsere Demokratie aus?

„Schiere Anarchie ist losgelassen...“, *Déjà-vu* von Hans Winkler, 27.12. Marine Le Pen aus der ganz rechten Ecke und Jean-Luc Mélenchon von weit links außen haben zumindest eines gemeinsam: Sie er-

klären sich beide zu Anführern der Gelbwestenrebellion. Was darf man daraus schließen? Dass die Bewegung eigentlich für nichts steht, daher leicht von allen Seiten zu vereinnahmen ist? Oder dass moderne Populisten programmlos sind und sich an alles anschließen, was ihnen erlaubt, ihren Widerstand (wogegen auch immer) in die Welt zu brüllen?

Aber was sagt es eigentlich über unsere Demokratie aus, dass so viele Menschen bereit sind, ohne klar formulierte Forderungen auf die Straße zu gehen und sich dabei der Manipulation durch Machtpolitiker preiszugeben, denen mit Sicherheit nicht das beste Interesse dieser Menschen am Herzen liegt? Unsere Gesellschaften werden heutzutage von denen – Politikern und Aktivisten – dominiert, die eine ganz klare Vorstellung davon haben, was sie haben, aber keinerlei Ideen, wie sie ihre Gesellschaft verbessern könnten. Auf der Straße sind das die Gelbwesten, Occupy und die Tea Party, in den Regierungen- >